

# Regierung auf Bewährung

**NRW** „Regieren ist klasse“, findet SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Ein Gesetz hat Rot-Grün noch nicht durch den Landtag gebracht. Der Politikwechsel lässt auf sich warten

VON ANDREAS WYPUTTA

Zum Regieren musste Hannelore Kraft gezwungen werden. Noch im Juli wollte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin dem Christdemokraten Jürgen Rüttgers die Düsseldorf Staatskanzlei überlassen, wollte „aus der Opposition heraus verändern“. Erst massiver Druck der Grünen und der auf die Bundesratsmehrheit schielenden Berliner Sozialdemokraten brachte

*Es ist unklar, wie Rot-Grün den Nachtrags-haushalt durch den Landtag bringen will*

sie an die Spitze ihrer rot-grünen Minderheitsregierung, die am Freitag seit 100 Tagen amtiert.

„Regieren ist klasse“, sagt Kraft heute. Die 49-jährige aus Mülheim an der Ruhr gilt spätestens seit ihrer emotionalen Rede vor den Angehörigen der Katastrophe der Loveparade als glaubwürdig, hat vergangene Woche den Vorsitz des Bundesrats übernommen und taucht im ZDF-„Politbarometer“ unter den zehn beliebtesten PolitikerInnen auf. Dabei hat Kraft noch nicht ein einziges Gesetz durch den Landtag gebracht. Zwar verweist ihr Fraktionschef Norbert Römer stolz darauf, dass Rot-Grün noch nicht eine der bislang 59 Abstimmungen verloren hat – doch dabei handelte es sich oft nur um formelle Überweisungen an die Ausschüsse des Landtags.

## Die Umsetzung der Wahlversprechen steht aus

Noch ist Krafts Kabinett eine Regierung auf Bewährung: Die Umsetzung der zentralen Wahlversprechen – sozialer Kurs, mehr Bildungsgerechtigkeit – steht noch aus. Zwar hat Rot-Grün die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2010/11 ebenso versprochen wie ein Tarifreuegesetz, zwar öffnet die grüne Bildungsministerin Sylvia Löhrmann das sozial selektive dreigliedrige Schulsystem vorsichtig in Richtung längeres gemeinsames Lernen – und zieht so



Seit 100 Tagen ein Duo: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Sylvia Löhrmann (Grüne) Foto: ddpd

sogar die Christdemokraten mit, deren Fraktionschef Karl-Josef Laumann gerade von der Hauptschule Abschied nimmt.

Derzeit aber stecken SPD und Grüne mitten in den Verhandlungen über einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr. Mit fast neun Milliarden Euro neuen Schulden soll der zu einer Abrechnung mit der Vorgängerregierung werden. „Das ist die Abschlussbilanz von Schwarz-Gelb, keine Gestaltung von Politik“, räumt Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen ein.

Noch ist deshalb unklar, wie Rot-Grün den Nachtragshaushalt durch den Landtag bringen will – den 90 Abgeordneten von SPD und Grünen fehlt im 181 Sitze zählenden Düsseldorf Landtag eine Stimme zur absoluten Mehrheit. CDU und FDP haben bereits eine Klage vor dem Landesverfassungsgerichtshof in Münster angekündigt, und die

## „Wir fürchten Neuwahlen nicht“

WOLFGANG ZIMMERMANN, NRW-FRAKTIONSCHIEF DER LINKSPARTEI

Linke fordert bis zur geplanten Verabschiedung im Dezember Nachbesserungen: „Die von Schwarz-Gelb beschlossene Abschaffung der Arbeitslosenzentren, die millionenschweren Streichungen im Landesjugendplan und beim Flüchtlingsrat werden nicht korrigiert“, kritisiert der Finanzexperte der Linkspartei im Landtag, Rüdiger Sagel.

Eine Beschluss im regulären Haushalt 2011, den Rot-Grün erst im kommenden Sommer vorlegen will, reiche nicht, findet der Linke: „Spürbare Veränderungen kommen dann viel zu spät“ – wie bei den Studiengebühren, die

seine Partei spätestens zum Sommersemester abschaffen will.

SPD, Grüne und Linkspartei werden deshalb weiterpokern, drohen einander schon heute mit der Auflösung des Landtags. „Wenn wir den Haushalt nicht durchbringen, sind Neuwahlen wahrscheinlich“, sagt der Grüne Priggen. „Wir fürchten Neuwahlen nicht“, kontert Linkspartei-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann mit Blick auf Umfragen, die seine Partei auch nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche mit SPD und Grünen bei sechs bis sieben Prozent sahen.

In Düsseldorf kursieren deshalb noch immer Gerüchte über einen möglichen „Plan B“, den Wechsel der SPD zur großen Koalition. Und den, streuen führende Grüne, könne die Linkspartei doch wirklich nicht wollen und drohen ihrerseits – mit Schwarz-Grün.

# Linkspartei wehrt sich gegen 20 Jahre Überwachung

**VERFASSUNGSSCHUTZ** Bodo Ramelow zieht vors

Verfassungsgericht und hofft auf ein Grundsatzurteil

BERLIN taz | Als Bodo Ramelow am Dienstag die Pressekonferenz betritt, hat er einen dicken Ordner unter dem Arm. Darin sind hunderte Dokumente, die der Verfassungsschutz über ihn gesammelt hat. Zeitungsartikel und Interviews, Onlinetexte und Pressemitteilungen. Ramelow will die Beobachtung rechtlich unterbinden lassen und hat jetzt eine 49-seitige Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. „Ich habe nichts zu verlieren außer meine Akten“, sagt der Thüringer Fraktionschef der Linkspartei.

Nach eigenen Angaben wird Ramelow seit den 80er Jahren als Gewerkschaftsfunktionär in Hessen vom Verfassungsschutz beobachtet. Auch nach 1999 als Thüringer Landtagsabgeordneter und von 2005 bis 2009 als Bundestagsabgeordneter wurden er überwacht. Ramelow hält das für rechtswidrig und klagt seit Jahren vor verschiedenen Gerichten dagegen. In zwei früheren Instanzen hatte er Erfolg. Der Verfassungsschutz ging in Revision und siegte im Juli 2010 überraschend vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die Richter urteilten, dass nicht nur er selbst, sondern auch anderen Spitzenpolitiker der Partei beobachtet werden können. Als Begründung wurden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen von einzelnen Strömungen in der Partei angeführt. Diese könnten nur effizient überwacht werden, wenn auch Spitzenfunktionäre einbezogen würden.

„Es kann nicht sein, dass ich mich allen Strömungen innerhalb der Partei zuordnen lassen muss“, sagte Ramelow am Dienstag. Gegen ihn selbst gebe es keinen einzigen politischen Vorwurf. „Die Geheimdienste haben ihre Finger aus den Parlamenten zu lassen“, forderte Ramelow. Entschieden wehrte er sich gegen Äußerungen des Verfassungsschutzchefs Heinz Fromm. Dieser hatte Ende September im taz-Interview erklärt, es würden nicht alle Linksparteipolitiker beobachtet, sondern nur „das Führungspersonal und die Mitglieder extremistischer Gruppierungen“. Ramelow sagte am

Dienstag: „Ich bin weder in einer extremistischen Gruppierung, noch habe ich irgendeine Funktion innerhalb der Partei.“ Seit Frühjahr sei er lediglich Fraktionschef in Thüringen.

Unterstützt wird Ramelow von Linkspartei-Fraktionschef Gregor Gysi. Seit drei Jahren liegt die Klage der Bundestagsfraktion gegen die Überwachung von Abgeordneten un bearbeitet in Karlsruhe. Durch eine mögliche Zusammenlegung der Fälle erhofft sich Gysi aus Karlsruhe ein Grundsatzurteil.

„Ziel der Beobachtung ist die Stigmatisierung. Das ist nackte Politik“, sagte er. Der Geheimdienst werde missbraucht. Inhaltlich seien die Begründungen gegen die Überwachung in unserer Partei, der eine Diktatur des Proletariats im marxistisch-leninistischen Sinne will.“ Gysi forderte strenge Regeln für die Überwachung von Parlamentariern. „Es kann nicht sein, dass das Parlament bei einer zwanzigjährigen Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht zustimmen muss“, so Gysi. Sollte Ramelow nichts aus Karlsruhe hören oder das Gericht gegen ihn urteilen, will er vor den Europäischen Gerichtshof ziehen.

PAUL WRUSCH



Bodo Ramelow wird als Linkspartei-mitglied beobachtet Foto: ap

*„Ich habe nichts zu verlieren außer meine Akten“*

BODO RAMELOW, LINKSPARTEI

# Schärfer gegen Zwangsehen

**KOALITION** Die Regierung will Opfer von Zwangsehen besser unterstützen – und mehr gegen „Integrationsverweigerer“ unternehmen. Viel davon ist Symbolik

BERLIN taz | Die Bundesregierung will schärfer gegen Zwangsehen vorgehen. Ausländische Opfer von Zwangsehen, die etwa in den Ferien in ihren Herkunftsländern verheiratet wurden, sollen ein eigenständiges Wiederkehrrecht nach Deutschland erhalten. Umstritten ist aber in der Koalition nach taz-Informationen noch, wie lange dies gelten soll, nachdem es Frauen gelungen ist, sich im Ausland von ihren Männern zu trennen. Zudem sollen Zwangsehen bis zu drei Jahre nach der Heirat aufgehoben werden können, bisher war es nur ein Jahr.

Weitgehend symbolischen Charakter hat hingegen, dass Zwangsheirat als eigener Paragraph im Strafgesetzbuch verankert werden soll. Wer jemanden mit Gewalt oder durch Drohung zur Heirat nötigt, soll mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden können, heißt es in dem zwi-

schen Innenministerium und Justizministerium abgestimmten Gesetzentwurf. Doch auch heute schon können Zwangsehen als schwere Nötigung mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Das Kabinett will das Gesetz nächste Woche beschließen.

Für Deutschland gibt es keine belastbaren Zahlen zu der Verbreitung von Zwangsehen, Terre des Femmes geht aber von über 1.000 Fällen pro Jahr bundesweit aus. Im Frühjahr will die Frauenrechtsorganisation neue Ergebnisse einer Studie präsentieren.

Unklar ist, inwiefern Schwarz-Gelb kommende Woche im Kabinett auch ein schärferes Vorgehen gegen „Integrationsverweigerer“ beschließen wird. Bisher ist noch nicht einmal klar, wie viele Einwanderer nicht an für sie verpflichtenden Integrationskursen teilnehmen oder sie abbrechen – und was in diesen Fällen jeweils passiert. Innenmi-

nister Thomas de Maizière (CDU) wollte dazu in dieser Woche bei den Ländern frische Zahlen einholen. Mehrere Politiker der Union fordern dennoch schon jetzt lautstark schärfere Sanktionen gegen Integrationskurschwänzer. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) lehnt das allerdings ab. „Wir brauchen keine neuen Sanktionen“, sagte sie am Dienstag. „Es gibt wirksame Sanktionsmöglichkeiten von Kürzungen der Sozialleistungen bis hin zur Beendigung des Aufenthaltsstatus.“

Worauf sich die Koalition aber wohl schon kommenden Mittwoch einigen wird: Die Ausländerbehörden sollen vor der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis explizit verpflichtet werden, ob die Antragsteller ihrer Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen nachgekommen sind.

WOLF SCHMIDT

Wir trauern um unseren Freund

# Hermann Scheer

\* 29.4.1944 † 14.10.2010

Hermann Scheers Tod ist für uns unfassbar. Seine brillante Persönlichkeit, sein unerschöpflicher Einsatz für kreative Zukunftskonzepte, sein fröhlicher Geist und einmalig charmanter Humor werden uns schmerzlich fehlen.

Robert Antretter  
Hermann Bachmaier  
Rolf Böhme  
Peter Conradi  
Herta Däubler-Gmelin  
Erhard Eppler  
Ulrich Graf  
Gunter Huonker  
Bianca Jagger

Klaus Kirschner  
Siegmar Mosdorf  
Wolf-Dieter Narr  
Wolfgang Roth  
Harald B. Schäfer  
Hartmut Soell  
Dieter Spöri  
Beate Weber  
Ernst Ulrich von Weizsäcker